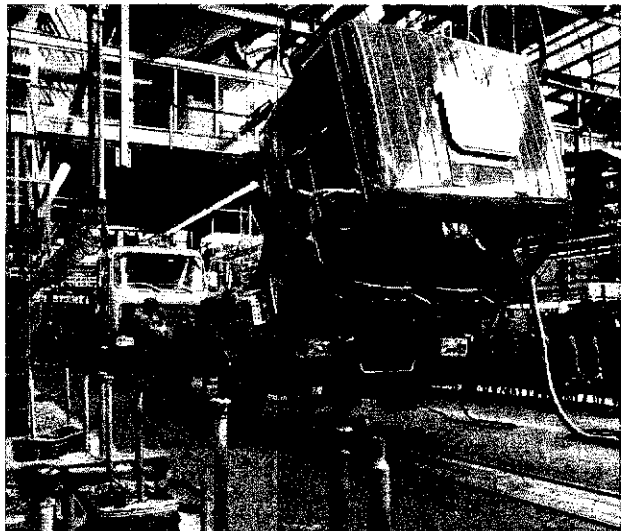




Daimler-Benz-Montagewerk Wörth am Rhein

Steuerfahnder bei Daimler-Benz

Der größte Steuerzahler der Bundesrepublik wurde in der vergangenen Woche von Finanzbeamten und Staatsanwälten heimgesucht. In Dutzenden von Daimler-Benz-Niederlassungen meldeten sich am Mittwochmorgen Rollkommandos der Behörden, verlangten Einblick in die Akten und

fanden in den meisten Fällen, was sie suchten: Bestätigungen dafür, daß Lastwagen- und Omnibus-Bestellungen, die in Wahrheit erst kurz nach dem 30. Juni 1975 ausgesprochen waren, reihenweise auf die letzten Tage des ersten Halbjahres vordatiert worden sind. Für die Be-

steller war das falsche Datum Geld wert: Nur was bis zum Stichtag geordert war, wurde noch mit der Investitionsprämie von 7,5 Prozent bedacht. Das harte Vorgehen der Behörden stieß beim Stuttgarter Mercedes-Management auf wenig Verständnis: Auch wenn mit der Datierung großzügig verfahren worden sei, so sei doch in allen Fällen genau im Sinne des Investitionszulagen-Gesetzes, nämlich der Konjunkturbelebung, gehandelt worden. Überdies sei der im Gesetz eigentlich wichtige Stichtag — die Auslieferung der bestellten Ware bis zum 1. Juli 1976 — in sämtlichen Fällen exakt eingehalten worden. Mercedes-Direktor Helmut Schmidt jedenfalls empfiehlt den Steuerfahndern, mehr „auf den Sinn der Gesetze als auf absolut nebensächliche Daten zu schauen“. Das Ganze sei „kein Fall Daimler Benz“, sondern „ein Problem der gesamten Investitionsgüterindustrie“.

VW: Erst 45 Prozent bei Nixdorf

Der Volkswagen-Konzern übernimmt die Hälfte des Nixdorf-Kapitals in Raten. Anfang letzter Woche einigte er sich mit Firmengründer Heinz Nixdorf darauf, zunächst nur rund 45 Prozent zu übernehmen und diesen Anteil erst in etwa zwei Jahren auf 50 Prozent aufzustocken. Von Anfang an wird der Volkswagenkonzern zwei seiner Vorstandsmitglieder in den Nixdorf-Aufsichtsrat entsenden. Statt, wie ursprünglich erwartet, 500 Millionen wird VW-Finanzchef Friedrich Thomée für den gesamten Nixdorf-Deal rund 600 Millionen Mark bezahlen. Die 20 VW-Aufsichtsräte sollen den Pakt genehmigen.

Führungsfrauen unter sich

Amerikas Geschäftsfrauen wollen die bewährte Institution der Frühlings-Klubs nicht länger allein den Männern überlassen. In vielen Städten der Vereinigten Staaten haben sich Frauen aus dem gehobenen Unternehmens-Management oder anderen Führungspositionen (etwa in der Politik) zu derartigen Klubs zusammengeschlossen, um Geschäftskontakte zu pflegen und sich gegenseitig im Beruf zu unterstützen. Ähnlich wie die Männer suchen die Karrierefrauen ihren Vereinen dabei einen Anstrich von Exklusivität zu geben; so werden stattliche Jahresbeiträge erhoben (bis zu 75 Dollar), und häufig dürfen nur Berufstätige ab einer bestimmten Einkommenshöhe beitreten. Ganz unter sich möchten jedoch auch die Führungsfrauen nicht immer bleiben: Der Pittsburger Damen-Zirkel „Executive Council“ hat den November zum „Bring-einen-Mann-zum-Dinner-Monat“ erklärt.

Japaner fördern chinesisches Öl

Nach der wirtschaftspolitischen Kehrtwende nach Westen, mit der Pekings Funktionäre ihr Land mit Hilfe riesiger Devisenkredite vorwärtsbringen wollen, brechen die chinesischen Wirtschaftsplaner abermals mit einem Tabu: Erstmals dürfen ausländische Unternehmen in China in eigener Regie investieren und produzieren. Ein in Peking jetzt geschlossener Vorvertrag mit der staatlichen Japan National Oil Corporation sieht vor, daß ein Konsortium japanischer Ölfirmen im Golf von Pohai in einem Gebiet von 20 000 Quadratkilometern in eigener Verantwortung Öl exploriert und fördert. Die

gesamten Anlagen und sogar das chinesische Personal werden unter japanischer Kontrolle stehen. Zwar sind die Details noch nicht ausgehandelt, doch rechnen japanische Experten damit, daß ihre Gesellschaft zehn Milliar-

den Dollar in das Projekt investieren und 1980 etwa zwei Millionen Tonnen Öl, 1990 dreißig Millionen Tonnen fördern wird. Die Chinesen haben im Gegenzug den Japanern langfristige Lieferungen von 100 Millionen Tonnen Öl zugesagt.



Ölbohrung in China